

# Ostfriesische Zeitschwingen.

## Blätter

zur Besprechung vaterländischer Interessen.

N<sup>o</sup>. 33.

Mittwoch den 6. September

1848.

Die Ostfriesischen „Zeitschwingen“ erscheinen zwei Mal wöchentlich, des Sonntags und Mittwochs, je einen halben Quartbogen stark. Der Abonnementspreis beträgt für das Quartal 12 Sgr. Alle Buchhandlungen, so wie die Königl. Hannoverschen Postämter nehmen Bestellungen entgegen. — Beiträge werden franco entweder unter Adresse des Redacteurs oder der Verlagshandlung erbeten.

### Fürstenrecht.

Man spricht und ließt dieser Tage viel vom Vertrage zwischen Fürsten und Völker; man redet viel von Rechten der Fürsten und Pflichten der Völker, ohne zu wissen oder wissen zu wollen, was Geschichte und Vernunft über die Rechte und Pflichten beider festsetzen und leider seit Jahrhunderten umsonst gelehrt haben.

Fürstenrecht ist ein Unsinn, ein Fausischlag ins Gesicht der Wahrheit, wenn man den Fürsten ein anderes Recht, eine andere Macht beilegt, als erster Beamter des Volks zu sein; Volkesspflicht ist ein Betrug, eine Lüge, wenn man dem Volke andere Pflichten zumuthet, als dem von ihm gebilligten und in seinem Sinne handelnden ersten Beamten, dem Fürsten, gehorsam und willfährig zu sein. Vertrag zwischen Fürst und Volk als zwei gleichberechtigten Personen ist ein Hohn gegen die Wahrheit, da niemals Jemand mit dem Verwalter seines Gutes als einer gleichberechtigten Person verhandeln, oder Verträge schließen will.

So die gesunde Vernunft über die Rechte und Pflichten des Volkes.

Die Geschichte lehrt, daß die Fürsten ursprünglich die Personen sind, welche wegen besonderer Eigenschaften und im Interesse der Staatseinheit vom Volke ausgewählt, und mit der Leitung und Führung der Volks-

angelegenheiten beauftragt wurden. Der Grund aber dieser Erhebung ward von den Fürsten bald vergessen, und die Völker wurden aus Gutsheeren eine Domaine ihrer Verwalter, bis endlich die französische Revolution diesem Königthum von Gottes Gnaden ein Ende machte, und in einem großen Theile Europa's wenigstens die Theilung der Gewalt zwischen Fürst und Volk zu Stande brachte. Aber auch diese Theilung half nicht, und die den Fürsten gelassene Macht ward nochmals ein Mittel, das Volk, wenn auch nicht zu Sklaven und zur Domaine, dennoch zu Pächtern ihres eigenen Gutes und zum Regal herunterzudrücken. Das Jahr 1848 wird diesem geschichtlichen und Verstandesunsinn ein Ende machen; es wird Fürsten und Völkern die nach Geschichte und Vernunft gebührenden Rechte geben, und diese bestehen in folgenden Sätzen:

1) Das Volk ist souverain; sein Wille gilt unbedingt; seine Vertreter, wenn aus allgemeinen und directen Wählern hervorgegangen, vertreten und verkörpern es; die Beschlüsse derselben sind der geheiligte Wille des Volkes, und Niemand, also auch der Fürst nicht, hat ein persönliches Recht des Widerspruchs oder der Widerseßlichkeit.

2) Der Fürst ist durch sich als Dynast, als Erbe, als Eigenthümer, als berechtigt von Gottes Gnaden ein Un-



sinn; höchstens eine Ironie gegen die Forderungen des Sozialismus. Als solchem gebührt ihm weder Ehre, noch Macht, weder Gehorsam, noch Unterthanschaft.

3) Der Fürst ist als erster Beamter des Volkes die geheiligteste Person des Staates, im Interesse der Ruhe erblich, im Interesse der Einheit nützlich, ja nothwendig, in einzelnen Fällen durch seine Familie dem Volke werth und lieb.

Als solchem gebührt ihm aller Gehorsam, in soweit er der Vollstrecker der Gesetze der Volksvertreter ist, in soweit er die Executive besitzt; als solchem gebührt ihm ein aufschiebendes Veto, um bei den Beschlüssen des Volkes die executive Gewalt mit der nöthigen Kraft, und dem nöthigen Schutze auszustatten; als solchem gebührt ihm ein Gehalt, das ihn über alle Beamten setzt und ihn das souveraine Volk anständig, aber nicht überflüssig repräsentiren läßt; als solcher hat er die Pflicht, ein treuer und eifriger Beamter seines Volkes zu sein; als solcher hat er die Pflicht, allen Ständen seines Volkes gleich gerecht und billig zu sein; als solcher hat er die Pflicht, nie ein eigenes Recht, oder Interesse, sondern nur eins des Volkes zu kennen, und zu fördern.

Erfüllen die deutschen Fürsten dieses, so bleiben ihre Throne stehen; erfüllen sie es nicht, so fallen sie vor dem Schwerdt der erkannten Vernunft und der erfüllten Geschichte. Die politische Freiheit ließ Fürstenrecht wieder aufkommen, und Völker wieder Domainen werden; denn Adel und Geldmänner hatten stets gleiche Interessen mit den Fürsten gegen die Völker; seitdem aber der Sozialismus sich mit der politischen Freiheit verbindet, haben die untern Stände aufgehört, das Geschenk der politischen Freiheit als ein werthloses zu betrachten, sie haben angefangen es als die nothwendige Brücke des Sozialismus anzuerkennen, und seitdem ist das Königthum von Gottes Gnade eine Unmöglichkeit; früher war es bloß ein Unsinn.

Also, das Königthum sei nichts mehr und nichts weniger, denn eine erbliche Präsidentschaft, und das Fürstenrecht ist eine Wahrheit, und eine Sicherheit.

## Schulverbesserungs-Plan für das ost-friesische Volksschulwesen.

(Fortsetzung.)

### C. Heranbildung der Lehrer.

10) Es wird eine Lehrerschule errichtet, worin die beiden Schulräthe als Oberlehrer, und die Mitausscher

(s. 5) als Mitlehrer fungiren, und zwar ununterbrochen 1 Jahr, nach welcher Zeit er wieder Mitausscher wird, bis die Reihe an ihn kommt.

11) Von den Oberlehrern ist beständig einer in der Lehrerschule, von den Mitlehrern sind so viele vorhanden, als nach der Zahl der Lehrzöglinge das Bedürfnis erheischt.

12) Alle Lehrgänge sind einjährig, und werden jedes Jahr von dem ganzen Lehrer- (resp. Ausscher-) Collegio festgestellt, dem Consistorio zur Genehmigung vorgelegt, und öffentlich bekannt gemacht.

13) Mit der Lehrerschule steht eine Kinderschule als Muster- und Uebungsanstalt in enger Verbindung. Es unterrichten darin nur die Lehrerschullehrer und die Lehrlinge. Wo möglichst, wird auch eine Arbeits- und Rettungsanstalt (eine Armen-Colonie!) damit vereinigt.

14) Jedem angehenden Lehrer steht frei, sich seine Kenntnisse und Befähigung beliebigen Orts zu erwerben.

### D. Prüfung der Lehrer.

15) Jeder, der als Lehrer auf eine Stelle Anspruch macht, muß sich einer Prüfung unterwerfen.

16) Diese Prüfung haben die Lehrerschullehrer und Mitausscher, welche dann ein Prüfungs-Collegium bilden, vorzunehmen.

17) Die Prüfung der Hülfslehrer steht zunächst den Lehrern, die sie anzustellen haben, zu; ist indeß in den Fällen, wo Lehrer und Gemeinden sich nicht einigen können, ebenfalls vom Prüfungs-Collegio oder dessen Deputation vorzunehmen.

18) Die Geprüften werden in drei Klassen gestellt, entsprechend den drei Klassen, morein auch alle Volksschulstellen zu bringen sind.

### E. Wahl und Anstellung der Lehrer.

19) Den Gemeinden bleibt das Wahlrecht, und wird es, falls sie es noch nicht besitzen, beigelegt. Doch dürfen sie nur aus der für sie bestimmten Lehrer-Klasse wählen.

20) Bei einer Vacanz dürfen nur die Lehrer aus der entsprechenden Klasse sich melden; die Bewerber haben sich deshalb an das Prüfungs-Collegium zu wenden.

21) Nach Beendigung der öffentlich bekannt gemachten Meldungszeit werden der betreffenden Gemeinde die eingegangenen Bewerbungsschreiben zugestellt. Sie kann dann unter den Bewerbern drei zu einer Probe auf ihre Kosten einladen.



22) Die Eingeladenen kommen nur, um der Gemeinde ihre Person und ihre Lehrart darzustellen. Von Letzterer sind sie der Gemeinde eine kleine Probe, welche diese selbst leiten kann, schuldig; sie haben sich aber ohne Bewerbung um einzelne Stimmen wenigstens am folgenden Tage wieder zu entfernen.

23) Die Wahl, welche durch Mehrheit der Stimmen geschieht, ist am Tage nach der Probe vorzunehmen, und wird binnen 14 Tagen, wenn keine gegründete Reclamation eingeht, vom Amte bestätigt.

#### F. Absetzung und Emeritirung der Lehrer.

24) Ein Lehrer, über den 3 Jahre lang ungenügende Zeugnisse (7) eingegangen sind, wird abgesetzt.

25) Die Absetzung kann auch auf hinreichende Gründe hin von der Gemeinde beim Consistorio beantragt werden.

26) Solchen Absetzungen folgt keine Pension.

27) Wer sonst aus seinem Amte treten muß, wird standesgemäß versorgt.

28) Eben so werden in allen Fällen die Wittwen und Waisen der Lehrer versorgt.

29) Kein Nachfolger kann bei dergleichen Pensionirungen in Anspruch genommen werden.

#### G. Privat- und Hülfslehrer.

30) Ein Privatlehrer darf nur für die Kinder einer Familie angenommen werden.

31) Ein solcher ist dem Hauptlehrer coordinirt, und steht sammt seiner Privatschule unter gleicher Controle, sofern er in die Gegenstände der Volksschule lehrt. Ist seine Schule als eine kleine Bürgerschule anzusehen, so muß sie als solche beaufsichtigt werden.

32) Hülfslehrer sind von den Hauptlehrern überall da anzustellen, wo über 80 Kinder sind; die Gemeinde hat dabei eben so wohl eine Stimme, als der Lehrer.

33) Beide Theile haben ihn aber auch gleichmäßig zu beköstigen.

#### H. Verhältniß der Gemeinde zu Schule und Lehrer.

34) Der Lehrer ist als solcher Diener der Gemeinde in ihrer Gesamtheit; doch hat er ihr nur insoweit zu gehorchen, als sie wirklich wünscht, was sie als christlich-kirchliche und bürgerliche Gemeinde wünschen muß.

35) Eine Schul-Commission vertritt dieselbe bei allen gewöhnlichen äußern Schul-Angelegenheiten. Sie besteht aus Prediger, Lehrer und 2—3 Gemeindegliedern. Bei den vierteljährlichen Schulprüfungen steht jedem Gemeindegliede der Zutritt, und in der darauf abzuhaltenden Conferenz der Commission und des Mitaufsehers — Bemerkungen auch über innere Schul-Angelegenheiten zu machen frei.

36) Die Gemeinde ist zunächst verpflichtet, dem Lehrer eine passende Wohnung, ein hinreichend geräumiges und gesundes Schullocal mit den nöthigen Geräthen, Lehrmitteln und Schulbedürfnissen, wozu auch die Bücher für den Bedarf der ganzen Schule gehören, zu verschaffen. So weit sie dazu nicht im Stande ist, muß der Staat zu Hülfe kommen.

37) Bei jeder Schule muß eine Casse sein, deren Einnahme wo möglich aus allgemeinen und sichern

Quellen, z. B. aus dem Ertrag von Gemeinde-Grundstücken, Gehölzen u. fließen zu machen und so hoch zu bringen ist, daß nicht nur alle ad 36 genannten Bedürfnisse, sondern auch die Besoldung des Lehrers daraus bestritten werden können.

38) Diese Schul-Casse verwaltet eine der zur Schul-Commission gehörenden Gemeindeglieder.

39) In wiefern diese Casse die nöthigen Ausgaben nicht bestreiten kann, werden zunächst die Leistungen der Gemeindeglieder in Anspruch genommen, und zwar ohne Unterschied, ob sie Kinder haben, oder nicht, jedoch nach Verhältniß der Personen-Steuer.

40) Durch diese Zulage der Gemeinde muß wenigstens die Schulgelds-Forderung des Lehrers zu jährlich nicht unter 1  $\mathcal{R}$  für jedes Kind, welche derselbe nur im Ganzen aufzugeben hat, gedeckt werden.

#### I. Lehrer-Gehalt.

41) Jeder Lehrer soll jährlich wenigstens einzunehmen haben: 1] so viel  $\mathcal{R}$  (oder was der für jedes Kind stets gleiche Schulgeldsatz beträgt), als er Kinder unterrichtet; 2] dazu im ersten Jahr seiner jedesmaligen Anstellung 100  $\mathcal{R}$ , und in jedem folgenden Jahr, so lange er auf dieser Stelle bleibt, 4  $\mathcal{R}$  mehr, bis die ganze Einnahme zu 300  $\mathcal{R}$  angewachsen ist. Die Gehalts-Erhöhung erfolgt indeß nur, so lange die Zeugnisse über ihn (s. 7, 24) genügend sind.

42) Wenn eine Stelle schon 300  $\mathcal{R}$  und mehr Einnahme hat, so bleibt es dabei; der Lehrer erhält aber bei guten Zeugnissen die mit 4  $\mathcal{R}$  jährlich steigenden Zuschüsse.

43) Was Organisten- oder Cantor-Dienste (Küster-Dienste darf ferner kein Lehrer mehr wahrnehmen) einbringen, soll in der Regel bei obigen Einnahme-Sätzen nicht mit eingerechnet werden. Nach und nach sollen jedoch die Michaelis- und andere halb zu erbettelnde oder zu erpressende Gefälle abgeschafft werden.

44) Vierteljährlich wird dem Lehrer die betreffende Gehalts-Quote baar ausgezahlt.

45) Alle Einschlags-, Neujahrs-, Dorf- u. Gelder fallen weg.

#### K. Unterricht.

46) Was das Leben verlangt, soll gelehrt werden. Der Lehrer soll durch Wort und Wandel lehren.

47) Alle gesunden Kinder sollen in der Regel zu der ihnen am nächsten liegenden Schule gehen, und zwar unausgesetzt vom 5. Jahr an bis zum 10. incl. Wo möglich sollen sie im 3. und 4. Jahre Kleinkinder-Schulen besuchen. Vom 11. bis 14. Jahr incl. können sie im Nothfall von der Sommerschule zurückgehalten werden; solche müssen dann die Sonntagschulen besuchen.

48) Zweimal jährlich werden nur neue Schüler aufgenommen.

49) Im Sommer wird an 5 Tagen 4, und an den Sonntagen 2—3, im Winter 6 Stunden täglich unterrichtet.

50) Ferien werden gemacht: um Weihnachten und Neujahr, um Oßern, um Pfingsten, in den Hundstagen,



Kurz nach Michaelis, jedesmal 1 Woche, und 1 Woche zu gelegener Zeit obendrein.

Mit diesen 50 Punkten hätt' ich meine Hauptwünsche ausgesprochen. Nachträge bleiben vorbehalten. Und nun noch Eins. Es ist Zeit, daß wir die Sache angreifen, sonst wird sie ohne uns angegriffen. Schon sollen Arbeiten im Gange sein, und zwar sind seit Langem schon allerlei Tabellen und Verzeichnisse angelegt, die immer länger und länger werden, und nichts weiter führen.

Was z. B. die Feststellung der Schulverbände betrifft, so müht man sich ab, sie mit den Pfarochien in Einklang zu halten. Dies geschieht freilich auf die Aussicht hin, daß alle Verhältnisse so bleiben, wie sie bisher gewesen, namentlich in Betreff der Prediger-Aufsicht, — als wenn wir noch im Jahre 1847 wären! Eben so hört man auch wieder, daß hier und da die Superintendenden und Prediger sich um die Dürftigkeit der Lehrer bekümmern, weil vielleicht bald wieder Gaben ausgetheilt werden sollen. Aber das Rechte bleibt vor ihren Augen verborgen. Ach — — — Nein, weg damit! Kein Ach mehr! Es muß und soll anders, mag mir's gehen, wie's will! Ich schlage vor: (daß petitionirt werden muß um Aufhebung des Schulgesetzes von 1845, daß das ganze Königreich damit einstimmt, und darum die Aufhebung wie geschehen anzusehen ist, sieht fest; aber nun schlage ich vor:) daß wir die Regierung bitten, um ein neues ostfr. Volksschulgesetz, bearbeitet von einer Commission aller Derer, die dabei theilhaftig sind, als: 1] die Regierung, 2] die Prediger, 3] wir Lehrer, 4] das Volk. Die Regierung liefert 1 Mitglied, die Prediger 3—4, wir Lehrer 6, das Volk 5—10 Mitglieder. Und so mit Gott!

Sundermann.

## An Königliches Hohes Ministerium des Innern zu Hannover.

Gehorsamste Bitte und Vorstellung der Bürgerversammlung der Stadt Aurich, die Beeinträchtigung des Vereinsrechts im Landdrostei Bezirke Ostfriesland betreffend.

Das Vereinsrecht der Staatsbürger, die wesentlichste Bedingung der wahren Volksfreiheit, ist gleich der Pressfreiheit sowohl von der deutschen National-Versammlung zu Frankfurt, als von der königlich hannoverschen Regierung ausdrücklich anerkannt. Dies Recht, welches jedem Deutschen gebührt, muß bei uns um so mehr als unantastbar und heilig geltend, als ein Mißbrauch desselben in Ostfriesland gar nicht vorgekommen ist, die hiesigen Bürger- und Volksversammlungen vielmehr stets die Schranken der Ordnung und Geseß-

mäßigkeit beobachtet haben. Mit großem Befremden und gerechter Entrüstung mußte es uns daher erfüllen, als uns neuerdings die Kunde wurde, daß die königliche Landdrostei zu Aurich in einem an die Aemter und einige Magistrate ihres Bezirks erlassenen vertraulichen Schreiben den Beamten und Magistrats-Personen notificirt habe:

Falls künftighin Beamte oder Magistrats-Personen Bürger- oder Volksversammlungen besuchen sollten, so werde von denselben erwartet und ihnen zur Pflicht gemacht, daß sie über alles, was dort vorkomme, der Landdrostei Bericht erstatten.

Obwohl wir den Erlaß dieses Schreibens, weil solches, wie gesagt, vertraulich sein soll, nicht mit Bestimmtheit behaupten können, so ist doch gar nicht zu bezweifeln, daß ein derartiges Rescript wirklich erlassen ist; theils, weil von der Stunde an, wo sich dies Gerücht verbreitete, unsere, bis dahin stets von mehreren Mitgliedern sowohl des hiesigen königlichen Amts, als des Magistrats frequentirten Bürgerversammlungen von keinem derselben mehr besucht wurde; theils auch weil ein gerade damals als Vice-Präsident fungirendes Amts-Mitglied sein Ausbleiben damit schriftlich entschuldigte, daß er von jetzt an die Bürgerversammlungen nicht mehr besuchen könne.

Wir können nun nicht glauben, daß jene, den uns zugesicherten Rechten Hohn sprechende, für alle Staatsbürger, die keine Beamten sind, wegen der ihren Versammlungen untergelegten, unerlaubten Bestrebungen beleidigende, Maßregel mit Vorwissen oder Genehmigung königlichen Hohen Ministerii getroffen sei. Wir können nicht glauben, daß königliches Hohes Ministerium es billige, daß die seither leider in unserm Königreiche, wenn auch am wenigsten in Ostfriesland und unter Ostfriesen bestandene, schroffe Sonderung zwischen Beamten und Nichtbeamten durch Regierungs-Erlasse aus's Neue hervorgerufen werde. Wir können nicht glauben, daß das dem Geringsten im Volke unbeschränkt zustehende Vereinsrecht den königlichen Beamten und den Magistrats-Personen (deren Anwesenheit, weil sie mit vielen zur Verhandlung kommenden Gegenständen vorzugsweise vertraut sind, gerade wünschenswerth erscheint) nur unter der unwürdigen Bedingung gebühren soll, daß sie die Rolle von Spionen der königlichen Landdrostei übernehmen.

Wir richten daher hochachtungsvoll und vertrauensvoll an königliches Hohes Ministerium die ganz gehorsamste Bitte:

daß Hochdasselbe geneigen wolle, die hiesige Landdrostei zum Bericht über den Inhalt dieser Vorstellung aufzufordern und falls sich danach die Erlassung des gedachten Rescripts bestätigt, die unverzügliche Zurücknahme desselben anzubefehlen. Mit der vollkommensten Hochachtung verharren, königlichen Hohen Ministerii ganz gehorsamste.

Aurich, den 2. September 1848.

(Folgen die Unterschriften.)